



Tierschützer Peter: Streit um Nistplätze

Dort, am Dalyan-Delta im Südwesten Anatoliens, zieht sich kilometerlang, begrenzt von Wäldern und Sümpfen, ein bislang unverdorbenes Strand die unbewohnte Küste entlang. Nachts kommen, wie zu Urzeiten, riesige Meeresschildkröten an Land und vergraben ihre Eier. Es ist eine der letzten Brutstätten dieser bedrohten und geschützten Tierart.

Die seltenen Schildkröten und ihre ungelegten Eier kümmerten Klein weniger. Er sorgte sich um ein ganz anderes Problem: Zusammen mit Partnern aus der freien Wirtschaft – der türkischen Firmengruppe Kavala und der Duisburger IFA Hotel & Touristik AG – wollte die dem Klein-Ministerium unterstellte Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG) das Feriencenter Kaunos-Beach errichten.

Mehr als zehn Millionen Mark aus Bundesmitteln standen für den Bau bereit. Das Fundament war bereits gegossen, schon im kommenden Jahr sollten sich Urlauber aus Deutschland am Strand von Dalyan tummeln können.

Gerade das aber wollten die deutsche Aktionsgemeinschaft Artenschutz und ihr Vorsitzender Günther Peter verhindern. Zwei Jahre schon stritt Peter zusammen mit türkischen Umweltschützern um die Nistplätze der Schildkröten am Mittelmeer.

Doch die deutsch-türkischen Touristik-Planer waren fest entschlossen, Kaunos-Beach durchzusetzen. Sie befürchteten, ein Erfolg der Umweltschützer könnte auch andere Tourismus-Projekte gefährden.

Selbst als Reiseunternehmen wie TUI oder NUR auf Druck der Umweltschützer verkündeten, Kaunos-Beach nicht in ihr Programm zu nehmen, blieben die Entwicklungshelfer hart. Mit immer neuen Tricks versuchte die DEG die luxuriöse Feriensiedlung zu rechtfertigen.

Zwar verordnete Ankara, durch die internationalen Proteste nervös gewor-

den, vor Monaten einen vorläufigen Baustopp. Ein Gutachten, so hieß es, solle Klarheit schaffen. Den deutschen Partnern allerdings wurde versichert, man wolle vor allem Zeit gewinnen. Das Gutachten könnten die Deutschen ja selbst in Auftrag geben.

Die Sachverständigen der Bonner hielten die Einstellung des Projektes für die beste Lösung. Allerdings, hieß es im „Szenario B“, sei der Hotelbau möglich, wenn für die

Schildkröten „besondere Schutzmaßnahmen“ durchgesetzt würden.

Nun ging der Streit in Bonn erst richtig los. Einzelnen und in Gruppen machten sich Bundestagsabgeordnete auf den Weg ins reizvolle Dalyan-Delta, um vor Ort die Lage zu erkunden.

Ergebnis: Sozialdemokraten und Grüne forderten den Abzug der Deutschen. Regierungstreue aus Union und FDP hingegen folgten den Durchhalteparolen ihres Ministers Klein und seiner DEG.

Nach den Sommerferien sollte sich der Bundestag mit dem Dalyan-Streit befassen. Doch das ist nicht mehr nötig. Plötzlich und für die Bonner unerwartet kam jetzt das Aus aus Ankara. Die um ihr Image als aufstrebendes Reiseland besorgten Türken haben schneller als ihre Helfer Lehren aus dem Kampf am Dalyan gezogen. Das Delta soll zum Naturschutzpark erklärt werden.

## GEWERKSCHAFTEN

### Stellung unterlaufen

In Mannheim legten sich Betriebsräte mit der IG-Chemie-Führung an. Die Gewerkschaft reagierte hart: Ausschluß für alle.

Michael Müller, 33, stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats und Vorsitzender der gewerkschaftlichen Vertrauensleuteleitung (VLL) im Pharmawerk Boehringer in Mannheim, ermunterte die Kollegen zur Kraftprobe: „Irgendwann einmal muß Schluß sein mit den Versuchen der Gewerkschaftsleitung, den Funktionären an der Basis Entscheidungen zu entziehen.“

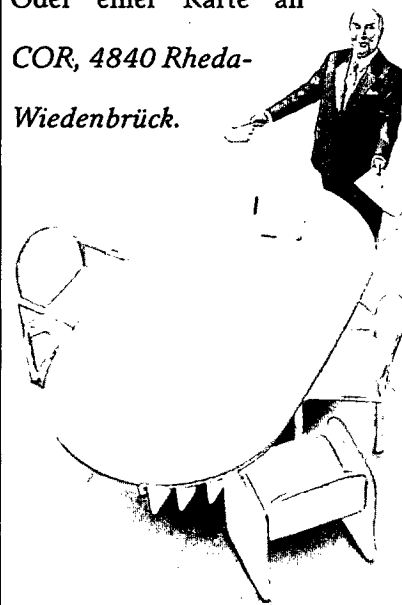
Als Müller vor dem elfköpfigen VLL-Gremium seinen Zorn artikulierte, war er noch Mannheimer Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IG Chemie) und Delegierter für den 13. Ordentlichen Ge-

## Kurze Tisch-Rede. Von COR.

Dürfen wir heute um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit für »Combra« bitten: Das Tisch-, Stuhl- und Schrank-Programm von COR. In Esche natur, farbig gebeizt oder lackiert, soll es Ihnen Appetit auf Wohnlichkeit im Eßbereich machen.

Egal, ob Sie dabei auf Stühle ohne oder mit Armlehnen setzen, oder es rundum gepolstert lieben, »Combra« lädt Sie ein. Zu einem Besuch beim Möbelfachhandel.

Oder einer Karte an  
COR, 4840 Rheda-  
Wiedenbrück.



**COR**  
zum Sitzen

werkschaftstag der IG Chemie im September in Karlsruhe.

Vorletzte Woche machte der Hauptvorstand der IG Chemie in Hannover tatsächlich Schluß: Müller und die zehn anderen VLL-Funktionäre wurden kurzerhand aus der Gewerkschaft ausgeschlossen – einer der spektakulärsten Rausschmisse in der deutschen Gewerkschaftsbewegung der Nachkriegszeit.

„Wir wurden vor eine Herausforderung gestellt“, verteidigte Wolfgang Schultze, Mitglied des Hauptvorstands, die Säuberungsaktion, „und haben eine Grundsatzentscheidung getroffen.“ Die ausgeschlossenen Mitglieder hätten „planmäßig versucht“, die Stellung der Gewerkschaftsführung „zu unterlaufen“. Schultze: „Hier war ein Dauerkonflikt mit dem Ziel des Syndikalismus angelegt.“

Doch mit dem Vorwurf des „eiskalten Syndikalismus“ lag der Rausschmeißer aus Hannover ziemlich schief. Denn eine sozialrevolutionäre Übernahme der Produktionsmittel hatten die geschäftigen Chemie-Gewerkschafter wahrlich nicht im Sinn. Sie opponierten nicht gegen die Unternehmensleitung, sondern gegen die eigene Gewerkschaftsspitze.

Das hatten sie früher auch schon getan, weil sie mit dem politischen Kurs der Führung nicht einverstanden waren. Sie kritisierten den Vorsitzenden Hermann Rappe, weil er bei der Gesundheitsreform gegenüber der Pharmaindustrie zu nachsichtig war, forderten den bedingungslosen Ausstieg aus der Atomenergie und die Einführung der 35-Stunden-Woche, obwohl die IG Chemie eine Vorruhestandsregelung favorisierte.

Im aktuellen Streit begründete Vorstandsmittglied Schultze das „gewerkschaftsschädigende Verhalten“ mit Satzungsverstößen und Illoyalität. Der VLL-Elferrat habe



**IG-Chemie-Chief Rappe**  
Nachsicht mit der Pharma-Industrie

- ▷ Wahlvorschläge aus Hannover für die Aufsichtsratswahlen zurückgewiesen und ein eigenes Vorschlagsrecht beansprucht, wofür es „keine Rechtsgrundlage“ gebe,
- ▷ Bedingungen an die Kandidaturen geknüpft, „die gegen Beschlüsse und Richtlinien des DGB verstoßen“, und
- ▷ Kandidatenvorschläge des Hauptvorstands öffentlich „bekämpft“ und erklärt, daß die Wahlmänner und -frauen der IG Chemie nicht geschlossen für die eigenen Kandidaten stimmen würden.

Die alternative „Tageszeitung“ brachte es auf den Punkt: „Die Boehringer erwiesen sich immer als Störenfriede der so ganz auf Harmonie mit der

Chemieindustrie ausgerichteten Politik unter der lenkenden Hand des IG-Chemie-Chefs Rappe.“

Dabei hätte der Gewerkschafter Hermann Rappe, ein profiliertes Rechter der SPD-Bundestagsfraktion, auf seine Basisgruppe stolz sein können: Bei Boehringer Mannheim (6000 Beschäftigte) sind 33 Prozent der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert, mehr als in jeder anderen westdeutschen Pharmafirma. 20 der 29 Betriebsratsmandate hielt bisher die IG Chemie, andere Gewerkschaften waren chancenlos.

Unter den elf Ausgeschlossenen sind acht Betriebsräte, darunter der Betriebsratsvorsitzende Karlheinz Blaull, zugleich

Arbeitnehmersvertreter im Aufsichtsrat des Unternehmens.

Bei der Nominierung der Arbeitnehmerkandidaten für den Aufsichtsrat kam es schließlich zum Eklat, wurde die „grundsätzliche Differenz zwischen unserem Basisverständnis und dem Druck von oben“ (Müller) offenbar. Die Boehringer-VLL wollte den Stuttgarter IG-Chemie-Bezirksleiter Rainer Sutterer, einen erfahrenen und respektierten Gewerkschafter, auf den ersten und die sozialdemokratische Europa-Abgeordnete Beate Weber auf den zweiten Platz der Liste platzieren. 40 Prozent der Boehringer-Belegschaft seien Frauen, begründeten die Vertrauensleute ihren Vorschlag, auch gelte die Sozialdemokratin als Spezialistin für Umwelt- und Gesundheitspolitik und sei deshalb hervorragend geeignet, im Aufsichtsrat eines Pharmaunternehmens mitzureden.

Die Kandidatur Beate Webers lehnte der IG-Chemie-Hauptvorstand rundweg ab. Statt dessen kam der Vorschlag, den hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Gerd Andres, einen Gewerkschaftssekretär der IG Chemie, sowie das Hauptvorstandsmittglied Veronika Keller-Lauscher zu nominieren.

Daraufhin zog Sutterer seine Bewerbung eingeschüchtert zurück, aber die Mannheimer Gewerkschafter ließen wissen, sie würden nicht Andres, sondern allenfalls die Frauen-Referentin Keller-Lauscher auf dem ersten Platz akzeptieren. Doch der Hauptvorstand beharrte auf seinen Vorschlägen, die Besetzung der Aufsichtsräte sei „klar unser Recht“ (Schultze).

Die Folgen des gewerkschaftlichen Hausstreits waren fatal: Die externen Kandidaten Andres und Keller-Lauscher fielen bei der Wahl durch, die bei-



**IG-Chemie-Kontrahenten Müller, Schultze: „Druck von oben“**

den Mandate gingen an die DAG und den „Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter“. Die IG Chemie hatte plötzlich nur noch zwei Mitglieder im zwölfköpfigen Aufsichtsrat – und seit dem Ausschluß des Betriebsratsvorsitzenden Blaul gar nur noch eines.

Den Kandidaten Andres hatten die VLL-Vertreter auch abgelehnt, weil er seine Aufsichtsratsantien – jährlich 25 000 Mark – nicht so verwenden wollte, wie sie es vorschlugen. 19 000 Mark gehen, von allen akzeptiert, an die gewerkschaftseigene Hans-Böckler-Stiftung. Über den Rest, nach Steuerabzug rund 3000 Mark, sollte „einvernehmlich“ zwischen VLL und Aufsichtsratsmitglied entschieden werden. Vorstellung der Blaul-Truppe: „Spenden für Südafrika oder sonstige Solidaritätsaktionen.“

Da machte Andres nicht mit, und der Hauptvorstand gab ihm recht. „Wir haben immer offen unsere Meinung gesagt“, verteidigt Müller die VLL-Haltung, „und die hat nicht immer hundertprozentig mit Hannover übereingestimmt. Aber das muß doch bei einer Gewerkschaft möglich sein, da muß man diskutieren.“

Müller und seine Mannschaft verwahrten sich dagegen, „daß aus einem Vorschlagsrecht des Hauptvorstandes ein Bestimmungsrecht wird“. Dadurch würden „das Demokratie-Bekenntnis der Gewerkschaft und auch Mitgliedsrechte berührt“.

Vergeblich hatte Müller noch Anfang Juli, als die Ausschlußanträge vorlagen, persönlich an den „Kollegen Hermann Rappe“ geschrieben, man wolle den Konflikt „nicht weiter eskalieren lassen“, sondern sei „daran interessiert, ihn intern beizulegen“. Rappe ging auf das Angebot gar nicht ein, er wehrte ab: „Ein Gespräch“ sei „mit Rücksicht auf das schwebende Verfahren“ nicht möglich.

Bis spätestens 25. August wollen die Gewerkschafter in Hannover Beschwerde einlegen. Aber Müller zweifelt nicht daran, daß die Ausschüsse, „von denen wir sehr betroffen sind“, bestätigt werden.

Endgültig beigelegt scheint der Streit damit aber nicht. Zwar wurden zum Gewerkschaftstag Anfang September in Karlsruhe fristgerecht keine Anträge zum Thema Boehringer-VLL vorgelegt, doch der Hauptvorstand rechnet mit Initiativanträgen, die jederzeit von Delegierten eingereicht werden können.

Trotz „klarer Verstöße“ der Boehringer-Basis „gegen Satzung und Richtlinien“ sieht Wolfgang Schultze vom Hauptvorstand den „großen Schaden“ schon jetzt bei der IG-Chemie-Spitze. Bis hin zum Vorsitzenden Rappe seien „Organe“ der Gewerkschaft „diskreditiert“. Schultze: „Hier sind wir die Verlierer.“

